

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,20 M., jährlich 4,20 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile ...

Redaktion und Expedition: EW 68, Lindenstr. 3

Tonnerstag, den 23. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3

Vernünftiger Wiederaufbau.

Eine Unterredung mit Jouhaux.

Die französische Gewerkschaftsdelegation, die, wie wir bereits meldeten, zum Studium der sozialen Baubetriebe nach Deutschland gereist war, weilte am Mittwoch in Berlin.

Der unmittelbare Zweck dieser Reise war das Studium der Frage des Wiederaufbaues eines Abschnittes der zerstörten Gebiete durch eine deutsch-französische Baugenossenschaft auf der Grundlage der deutschen 'Bauhütten'.

Der zweite Zweck der Reise war etwas allgemeinerer Art. Wir wollten, daß man in Deutschland viel baut. Wir wollten nun feststellen, wie gebaut wird, wie die Arbeit ausgeführt wird, in welchem Tempo und wie teuer.

Schließlich wollten wir auch die sozialen Gesichtspunkte des Bau-

hilfensystems untersuchen. Es handelt sich da um die sozialisierte Organisation eines Industriezweiges und um einen Versuch der Kontrolle durch die Arbeiterkraft und Genossenschaften.

Wir haben bisher die sozialen Baubetriebe in Köln, Dortmund, Hamburg, Berlin-Tempelhof besichtigt und haben morgen nach Leipzig weiter. Alle bisher von uns in Augenschein genommenen Ergebnisse haben namentlich die Fachmänner vom französischen Bauarbeiterverband, die mit uns reisen, davon überzeugt, daß das Experiment der sozialen Baubetriebe sich geradezu glänzend bewährt hat.

Und nun möchte ich noch eins erwähnen: In Köln haben wir die für die englischen Besatzungsbeamten gebauten Wohnungen besichtigt, an deren Herstellung zum Teil die dortige Bauhütte mitgewirkt hat. Wir haben namentlich die sehr luxuriöse Wohnung eines englischen Generals besichtigt. Dieser Anblick machte uns unwillkürlich an die Verhältnisse unserer Landsleute in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs denken. Und wir kamen zu der naheliegenden Schlussfolgerung: Wenn die deutschen Bauhütten zu diesem Zwecke dienen können, warum sollte man dann die Arbeitskraft, über die sie verfügen, nicht in den verwüsteten Gebieten verwenden?

Die Wirkung auf den Geldmarkt.

1 Dollar = 331 Mark, 1 Mark = 1/3 Pfennig.

Die Entscheidung der Reparationskommission über die Bedingungen und Garantien für das Moratorium kam erst heute am Devisenmarkt zur vollen Wirkung. Der Dollar erhöhte sich bis zur Mittagsstunde auf 331 M. Die Umsätze in ausländische Zahlungsmitteln haben einen nie gekannten Umfang erreicht. Am Effektenmarkt hingegen ist das Geschäft infolge der Ungewißheit über die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands völlig tot. Es kommt hinzu, daß unmittelbar vor dem Ultimo die Geldknappheit sich in verstärktem Maße fühlbar macht.

Paris ist zufrieden.

Die Reparationskommission hat mit ihrer Entscheidung die Zustimmung der Poincaré-Presse erworben, nachdem sie sich lange den schärfsten Tadel ab ihrer — Milde und Völligkeit zugezogen hatte. Selbst der Finanzbericht Berengers, der heute im Senat verteilt wird, ist noch voll dieser Mißbilligung, woraus man wohl schließen darf, daß selbst Eingeweihte einen derartigen Erfolg Poincarés in der Reparationskommission nicht mehr erwartet hatten.

Die heutigen Pariser Morgenblätter sind bereits halb voll von der Wiedergabe deutscher Kommentare. Die Korrespondenten in Deutschland berichten ihren Blättern einstimmig, daß in Deutschland über die Note halb Empörung und halb Bestürzung herrsche.

Den Geist des Bloc national zeigte wieder einmal die gestrige Kammer Sitzung. Der Vorschlag der sozialistischen Partei, eine Vertagung der Beratung des Militärdienstpflichtgesetzes herbeizuführen, um allen Wählern die Abweisung vorzuschlagen und um dem Wählerbund eine Militärmacht zur Verfügung zu stellen, durch die die Entscheidungen seines Rates sichergestellt würden, wurde mit 403 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

Immerhin ist es bemerkenswert — und eine Bestätigung der heute früh im 'Vorwärts' gedruckten Ansicht —, daß der offizielle 'Peil Parisien' schreibt, die Reparationskommission erwarte Verhandlungen mit Deutschland; allerdings sagt der 'Peil Parisien' das nur mit Bezug auf die Kontrolle der fiskalischen Maßnahmen.

Poincarés Pressesaunen.

Zur Entscheidung der Reparationskommission schreibt die Pariser Korrespondenz Information, daß der französische Vertreter Dubois habe es erreicht, die französische Auffassung durchzusetzen, nachdem der Plan Brabourg-Delacroix, dem sich auch der italienische Delegierte angeschlossen hätte, zum Teil abgelehnt worden sei.

Der 'Satanflegant' sagt: Die Reparationskommission und ihr Vorsitzender Dubois müßten zu ihrer guten Leistung beglückwünscht werden. Die Entscheidung sei tatsächlich ein Fortschritt in der deutschen gegenüber beholten Methode der Forderungen. Die Reparationskommission zwingt Deutschland internationalisierte Kontrollpersonen auf. Die französische Regierung müsse ihren energischen Willen bekunden, der einstimmigen Entscheidung der Reparationskommission Achtung zu verschaffen. Auf diesem Boden stehe die französische Regierung fest. Hier sei ihr Recht unantastbar.

Der 'Temps' meint, die französische öffentliche Meinung werde Dubois, seinem Hauptmitarbeiter Rauclers und seinen fremden Kollegen laut ihre Dankbarkeit bezeugen.

Das 'Journal des Débats' sagt, Deutschland, das lange die Wähigung der alliierten Forderungen mißbraucht habe, lege nur einen Wunsch an den Tag, nämlich seinen Verpflichtungen zu entgehen. Die Kontrolle wird gute Wirkungen haben, wenn Deutschland endlich begreife, daß es seine Verpflichtungen erfüllen müsse. Und das sei eine phlogelische Frage für Deutschland und eine Nachtfrage für die Verbündeten. Wenn die Kontrolle nicht ausreiche, seien die Mittel gemäß noch nicht erschöpft; der Friedensvertrag lehe eine erste Hypothek auf alle Werte und Einnahmen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten vor.

Der 'Peil Parisien' schreibt, daß das deutsche Volk gezwungen sein wird, hart zu arbeiten und sich schwere Entbehrungen aufzuerlegen, um die Alliierten bezahlen zu können. Doch die deutsche Regierung und das deutsche Kapital gezwungen sein werden, erdrückende Lasten zu tragen, das ist ganz klar. An wem ist aber die Schuld? Für die Deutschen sind die Aussichten dunkel, aber sie hätten sich im Jahre 1914, als ihre Armeen unsere Provinzen verwüsteten, bedenken lassen!

'La Victoire' sagt: Der Beschluß der Reparationskommission ist eine neue Konzession an unsere Schuldner. Haben die Deutschen endlich verstanden, daß es aus ist mit dem Bischen und daß man noch einem Jahre hin- und Herredens nun zu Tote n schreiben wird? Man kann ihnen versichern, daß einmal die Schuld der Alliierten, wenigstens der Franzosen und Belgier, ans Ende angeht. Sie können uns des Militarismus anklagen, aber keine Macht der Welt kann uns daran hindern, uns selbst bezahlt zu machen.

Im 'Echo National' schreibt Tardieu: Die Reparationskommission hat sich von der demütigenden Rolle befreit, die sie seit 1921 in London spielte. In vielen Punkten fehlt es den Beschlüssen an Bestimmtheit. Es gibt noch einige Artikel, die ihr in Erinnerung gebracht werden müssen.

'Homme libre' jubelt: Endlich ist die Kontrolle gekommen. Das erste Mal nach dem Frieden ist ein klarer und bestimmter Beschluß gefaßt worden. Die Reparationskommission gibt ihre Anstellung als Hilfsbuchhalter auf, um Revisor zu werden. Was unbegreiflich scheint, ist, daß es drei Jahre gedauert hat, bis man dahin gelangte.

Zweifelnde Pariser Stimmen.

'Démocrate' sagt: Es ist ernst, 3 Jahre verloren zu haben, aber noch ernster, daß die Lösung des Problems, wie Deutschland wird bezahlen können, nach 3 Jahren noch bedeutend schwieriger geworden ist.

Der 'Figaro' führt aus: Die volle Last Deutschlands beläuft sich auf 2000 Milliarden Papiermark. Es wird Reichenau nicht schwer fallen, zu beweisen, daß diese ungeheuren Lasten nicht durch Steuern aufgebracht werden können, die schon verdoppelt wurden. Es scheint übertrieben, von einer freiwilligen Sabotage der deutschen Finanzen durch den Staat zu sprechen. Eine Sabotage existiert vielleicht, aber die finanzielle Unordnung ist gegenwärtig so ernst, daß der Wunsch, das Uebel zu heilen, wahrscheinlich als unrichtig angesehen werden kann.

Die 'Action Française' sagt: Es ist zweifelhaft, ob es der Reparationskommission gelingen wird, den Markkurs zu stabilisieren. Dann muß eine neue Lage in Betracht gezogen werden, d. h. die eines Bankrotts oder Fiskalbankrotts Deutschlands. Der Beschluß der Reparationskommission gleicht darum mehr einer abwartenden Wohnnahme als einer Lösung. Vieles spricht dafür, daß man noch vor Ende dieses Jahres nochmals über diese Frage sprechen wird.

(Weitere Drehstimmen auf der zweiten Seite.)

Unberufene Lehrmeister.

Die Nationalisten zur Pariser Note.

Die nationalistische Presse scheint in der Entscheidung der Reparationskommission nichts anderes zu sehen als eine Gelegenheit zu einem innerpolitischen Vortoh gegen das Kabinett Wirth und die verhasste Sozialdemokratie. Die 'Kreuzzeitung' liest aus den Worten, die wir gestern hier an die Adresse des Auslandes richteten, das Geständnis heraus, daß das Fiasko unserer Politik nicht mehr zu verschleiern sei. Darauf ist zu erwidern, daß eine andere Politik als die unsere im Mai vorigen Jahres zu einer Befreiung des Ruhrreviers, zu einer neuen Blockade, kurz zur außen- und innenpolitischen Katastrophe geführt hätte. Daß mit der Annahme des Londoner Diktats und dem Abschluß des Steuerkompromisses alle Folgen eines verlorenen Krieges beseitigt sein würden, der Geist von Versailles endgültig beseitigt sei, diesem nativen Glauben haben wir uns niemals hingegeben.

Die Entscheidung der Reparationskommission hat neue ungeheure Schwierigkeiten geschaffen, und was über sie zu sagen ist, haben wir mit aller Deutlichkeit gesagt. Moyal aber und schädlich für die Interessen des deutschen Volkes ist das nationalistische Bestreben, diese Kritik an der Handlungsweise der Gegner durch rabulistische Verdrehungskunststücke zu parteipolitischen Zwecken auszubenten. Immer wieder erweist sich der nationalistische Monarchismus als der schlimmste Feind und Schädiger eines den Interessen des deutschen Volkes dienenden geschlossenen Vorgehens in der auswärtigen Politik.

In einem unfruchtbaren Streit um Vergangenes wird sich der Nationalismus keine Vorbeeren holen. Immer wieder wird er an der Tatsache scheitern, daß das von ihm empfohlene Vorgehen eine noch viel schlimmere Unterdrückung des deutschen Volkes zur Folge gehabt hätte, als wir sie jetzt erleben.

Wichtiger ist zweifellos die Frage, was nun weiter geschehen soll. Die volksparteiliche 'Zeit' fordert, im Einklang mit der übrigen Rechtspresse, eine Erklärung der Regierung, daß sie sich in Verhandlungen mit der Reparationskommission überhaupt nicht einlasse. Das wäre ein glattes Auffagen des Friedens von Versailles, und selbst im nationalistischen Lager sollte man überlegen, ob für eine solche Zerreißung des Friedensvertrages der Zeitpunkt richtig gewählt wäre. Eine vernünftige Außenpolitik, die sich nicht von innerpolitischen Agitationsbedürfnissen beeinflussen läßt, wird einen solchen Entschluß nicht befürworten, ohne die gegebenen Machtverhältnisse und Erfolgsaussichten ruhig geprüft zu haben. Eine solche Prüfung wird das Ergebnis ergeben, daß die sozialdemokratische Politik, die auf eine fortschreitende Revision dieses unmöglichen Friedens auf dem Wege der Verständigung hinstrebt, trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge, die nicht zu vermeiden sind, vor einer bestimmungslosen Katastrophepolitik den Vorzug verdient.

Wenn die Entscheidung der Reparationskommission wirklich den Sinn hat, daß wir binnen acht oder neun Wochen abermals neue Steuern in der Höhe von 60 Milliarden beschließen sollen, so verlangt sie von uns Unmögliches. Darüber gibt es gar keine Meinungsverschiedenheit. Aber seit drei Jahren befinden wir uns in dieser Situation, daß von uns immer wieder Unmögliches verlangt wird, und schon mancher Berg, der unübersteiglich schien, hat sich später als eine bloße Wolkenwand erwiesen. Dieses Bild trifft auch insofern zu, als die Forderungen, die uns entgegengebracht wurden, fortwährend alsich Wolken die stärksten Veränderungen erfuhren.

Im Mai vorigen Jahres forderte man von uns für 1922 die Bezahlung von 3,3 Milliarden Goldmark, die zum größten Teil in ausländischen Devisen erfolgen sollte. Zehn Monate später sind 720 Millionen daraus geworden, zu denen 1450 Millionen in Sachleistungen dazukommen sollen. Nun sind die Verträge, auf Grund deren die Sachleistungen erfolgen sollen, noch gar nicht abgeschlossen, es werden noch allerhand Verhandlungen und Vorbereitungen notwendig sein, bevor das ganze System langsam zu funktionieren anfangen wird. Daß Deutschland selbst bei allerbestem Willen und bei voller Leistungsfähigkeit instande sein wird, im Jahre 1922 1450 Millionen in Waren zu zahlen, ist unwahrscheinlich, weil vermutlich die Abnahme Schwierigkeiten machen wird. Es läßt sich sehr schon voraussagen, daß die Entscheidung der Reparationskommission für 1922 ebenfalls Bestand haben wird, wie das Londoner Finanzdiktat für dieses Jahr in Anwendung gebracht werden konnte.

Nun droht die Reparationskommission: Wenn bis zum 31. Mai ihren Forderungen nicht Genüge geschehen sei, dann werde das Londoner Finanzdiktat für 1922 wieder in Kraft treten. Eine ärgere Unlogik läßt sich kaum ausdenken. Das Londoner Finanzdiktat wäre für 1922 wirklich nicht abgeändert worden, wenn man nicht eingesehen hätte, daß es un durchführbar sei. Nun sollen wir dazu verurteilt werden, das Undurchführbare durchzuführen, wenn wir nicht — etwas anderes Undurchführbares durchzuführen, nämlich das, was wir nach dem Spruch der Reparationskommission bis zum 31. Mai vollbringen sollen!

Was hier getrieben wird, ist ein Spiel mit Fittionen. Dieses Spiel ist unendlich demütigend und schädigend für uns, aber es besteht für uns keine Möglichkeit, aus seinem Kreise herauszuspringen, wenn wir nicht mit viel härteren Wirklichkeiten zusammenstoßen wollen. Wir müssen Geduld bis zum äußersten aufbringen, bis die Welt einseht, daß der Frieden von Versailles und das Londoner Finanzdiktat nicht an dem bösen Willen Deutschlands, sondern an ihrer inneren Unmöglichkeit scheitern.

Was wir von der Politik denken, die unter Führung des poincaristischen Frankreich gegen Deutschland getrieben wird, das haben wir Sozialdemokraten den Arbeitern des Auslands schon oft gesagt, und wir werden es ihnen immer wieder sagen. Was wir an Arbeit geleistet haben, um eine gerechtere und vernünftiger Auffassung des Reparationsproblems in der Welt zur Geltung zu bringen, wiegt schwerer als die höchst fraglichen patriotischen Verdienste der deutschen Rechtsparteien. Darum haben wir nicht die geringste Lust, von dorthin irgendwelche Befehlungen anzunehmen oder uns in irgendeiner außenpolitischen Situation an das Leitseil der Helferrich und Stresemann zu hängen.

Mit dem hysterischen Getreibe gegen Wirth, Erfüllungspolitik und Sozialdemokratie ist nichts getan. Der Ernst der Stunde fordert ruhige Besinnung und wohlüberlegtes Handeln.

Der Börsenbericht meldet als ersten praktischen Erfolg der Pariser Entscheidung einen Dollarkurs von 331. Der Kurs ist an einem Tage um extra 10 Prozent gestiegen. Das heißt, aus den 60 Papiermilliarden neuer Steuern, die von uns verlangt werden, sind von gestern auf heute nahezu 70 Milliarden geworden, denn nach der Entscheidung der Reparationskommission sollen sich die Steuern der Geldentwertung anpassen.

Stellungnahme der Reichsregierung.

Heute vormittags um 10.30 Uhr fand, wie die PPR hören, eine Besprechung in der Reichskanzlei statt, an der außer dem Reichskanzler und dem Außenminister Dr. Rathenau der Vizekanzler und Schatzminister Bauer, der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt teilnahmen. Gegenstand der Besprechung war die Reparationsnote, deren Wortlaut erst gestern abend spät vollständig eingetroffen ist.

Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der deutschen Relegationskommission in Paris, erstattete Bericht über die Note der Reparationskommission und über seine Eindrücke in Paris. Die einzelnen Ressorts werden nunmehr in eine eingehende Prüfung der Note der Reparationskommission an Hand des französischen Textes eintreten. Da dies jedoch längere Zeit beansprucht, wurde die Kabinettsitzung, die heute nachmittags 5 Uhr stattfinden sollte, auf morgen vormittags 10 Uhr verlegt. Infolgedessen wird der Auswärtige Ausschuss des Reichstages morgen wahrscheinlich nicht tagen. Besprechungen mit den Parteiführern über die durch die Note der Reparationskommission geschaffene Lage haben bisher auch nicht stattgefunden. Es steht noch nicht fest, wann der Reichskanzler im Reichstag eine Erklärung der Reichsregierung zu der Reparationsnote abgeben wird, frühestens wird das wohl am Sonnabend, wahrscheinlich aber erst Anfang nächster Woche möglich sein.

Das Urteil der Arbeiterblätter.

Die unabhängige „Freiheit“ steht in dem Entscheid der Reparationskommission eine zwangsläufige Folge der Weigerung der bürgerlichen Parteien, durch rechtzeitige Steuerbewilligung den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen. Ueber die Forderungen der Kommission sagt die „Freiheit“:

Ob die Forderung in dieser Form und in dieser Zeit erfüllbar ist, muß auch dem fraglich erscheinen, der an sich die Aufbringung von großen Mitteln zur Deckung des Defizits für notwendig und möglich hält. Denn der Zwang von außen verstopft

eine Quelle, die unter Umständen ergiebig hätte sein können: den Kredit. Die Reparationskommission fordert zwar von der deutschen Regierung, einen Plan für eine innere Anleihe vorzulegen, aber der Zweifel ist begründet, ob der Plan unter der Herrschaft dieser Bedingungen realisierbar sein wird.

Die Verbindung der Zahlungsbedingungen mit den Garantieforderungen schafft deshalb eine außerordentlich schwierige Situation. Trotz ihrer Milderung sind die Zahlungsverpflichtungen so umfangreich, daß sie die Herstellung des Gleichgewichts im Budget in so mechanischer Weise und in so kurzer Zeit, wie es die Reparationskommission will, kaum möglich erscheinen lassen. Hinter der Nichterfüllung aber lauert die Drohung weiterer Eingriffe und Maßnahmen. Das verschlimmert die Situation, weil es darauf schließen läßt, daß die Zwangspolitik Poincarés gegenüber der Wirtschaftspolitik Englands sich doch in großem Umfange durchgesetzt hat.

Selbst der „Roten Fahne“ dämmert ein Schimmer der Erkenntnis. Sie überschreibt ihre Betrachtungen über die Note: „Unter dem Ententejoch“, und sagt u. a.:

Jede Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilie hätte nach diesem Programm eine neue Steuerlast von etwa 5000 M. zu tragen. Mit alledem ist klar, daß all die Forderungen, die die Reparationskommission stellt, undurchführbar sind und daß jeder Versuch, auch nur einen Teil davon zu verwirklichen, der deutschen Wirtschaft unheilbaren Schaden und dem deutschen Proletariat unerträgliches Elend bereiten muß. Es ist anzunehmen, daß die Reparationskommission sich der Unerfüllbarkeit der gestellten Forderungen sehr wohl bewußt ist, daß diese Forderungen eben nur dazu bestimmt sind, die Voraussetzungen für eine vollständige Anebelung Deutschlands, für eine Kontrolle nicht nur einzelner gesellschaftlicher Maßnahmen, sondern der gesamten Finanzen, der gesamten Gesetzgebung, der gesamten Verwaltung, der gesamten Wirtschaft zu schaffen.

So klar sieht man die Sache im politischen Teil der „Roten Fahne“. Im weniger politischen Teil aber, im Parlamentsbericht derselben Nummer, läßt man einen kommunistischen Abgeordneten diesen Unfuss verzapfen:

„Die Entente muß als Bauwau dienen für den ungeheuerlichen Steuerbetrug, den die Sozialdemokraten am Bolle verüben. Die Entente schreibt nicht vor, daß das Proletariat bluten soll, das ist vielmehr der Wille der SPD-Führer...“

Die kommunistischen Leser mögen sich den Kopf zerbrechen, wer von beiden recht hat. Die Entscheidung dürfte ihnen nicht schwer werden.

England und Amerika wenig erfreut.

London, 23. März. (WTB.) Die Blätter berichten ausführlich über die Bestätigung, die der Beschluß der Reparationskommission in Berlin hervorgerufen habe. Der Berichterstatter der „Times“ schreibt, die Finanzprogramme der Reparationskommission werden von allen Seiten als unmöglich und das Garantiesystem als mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbar bezeichnet. Die nachrichtlichen Leute, mit denen er in Berlin gesprochen habe, hofften, daß die letzte Note nicht als ein Ultimatum, sondern als Grundlage zu weiteren Erörterungen angesehen werde. Unter Hinweis darauf, daß in parlamentarischen Kreisen bereits von der Möglichkeit einer Regierungskrise gesprochen wird, schreibt der Korrespondent, die Leute, die die Lage unbefangenen betrachten, hofften ernstlich, daß es nicht dazu kommen werde. Bei allen Schwächen und Mängeln bleibe die augenblickliche Koalition unter Dr. Wirth noch immer die größte Aussicht auf Loyalität und jede Alternative nach links oder rechts würde wahrscheinlich Deutschland und damit das gesamte Reparationsproblem in eine weit schlimmere Lage bringen. Die neue Lage sei so plöblich gekommen, daß es nur möglich sei, ihre unmittelbare Wirkung abzuschwächen.

London, 23. März. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt, die amerikanischen Regierungskreise seien benutzigt über die gemeldete Vereinbarung der Reparationskommission mit Bezug auf die deutschen Zahlungen und die Kontrolle, die die Kommission in Deutschland auszuüben beabsichtige. Es bestehe Unruhe wegen der Stellung Amerikas gegenüber Deutschland.

Im einzelnen betrachtet, sind die Fortschritte der verschiedenen Länder, wenigstens was die Fernbahnen anlangt, recht verschieden. In der Schweiz, in der auch die seit langem übliche Verwendung der Elektrizität zum Bergbahnbetrieb fördernd wirkte, besteht gegenwärtig das ausgedehnteste elektrische Bahnnetz unter allen europäischen Ländern; ein erheblicher Teil der Schweizer Bundesbahnen ist elektrifiziert. Auch in Italien schreitet man in der Verwirklichung der Elektrifizierungsprojekte rasch vorwärts; zurzeit sind 4000 Kilometer Schienenweg einbezogen. Die Einführung des elektrischen Betriebs auf den belgischen Eisenbahnen erfolgt in drei Abschnitten; in Holland wird die Elektrifizierung der Eisenbahnen und die Kraftversorgung des Landes im Zusammenhang bearbeitet. Die Ausnutzung der Wasserkraft ist auch in Skandinavien bei der Beschäftigung mit dem Problem im Vordergrund; ebenso ist es in Desterreich und bei uns, vor allem in Bayern und Baden. Die französische Regierung hat eine technische Kommission eingesetzt, die nach umfassenden Studien in anderen Ländern und vor allem in Amerika einen Bericht ausgearbeitet hat, der die Einführung eines dem für Großbritannien vorgesehenen verwandten Systems ins Auge faßt. Man denkt dort bereits an die Erleichterung, die diese Uebereinstimmung für den Fall bietet, daß das Projekt des Kanaltunnels zur Durchführung kommt.

Lebhafte Tätigkeit auf diesem Gebiet herrscht auch in Australien, Südafrika, Japan und Südamerika. Ein vom Departement des Innern in den Vereinigten Staaten beauftragter Ausschuss empfiehlt die Elektrifizierung der östlichen Zone der Eisenbahnen, die etwa 32 000 Kilometer Schienenweg umfaßt.

Waldhalla-Theater: „Don Cesar“. Operette in drei Akten von Oskar Walther, Musik von Rudolf Dellinger. „Komm herab o Madonna Theresia!“ — Schwacher Widerhall im Portent, Seufzer der Erinnerung bei den Kelterern und Harnackleren. Die Kritischen konstataren, daß der künstlerische Gesamteindruck wandelbarer ist als der des Stimmens. Jedoch — wie der Rudolf Dellinger den Volkston getroffen hatte, beweist diese Aufzeichnung seines Wertes; und da wir uns ganz allgemein in einer reaktionären Strömung tummeln, so ist die Ausgrabung der Direktion Edi Winterfeld nicht unangebracht. Die gestrige Erstaufführung, in Szene gesetzt von Oberregisseur Karl Reiser, förderlich unterstützt von Friedrich Wöllinger als Bühnenbildner und Julius Boigt als Kapellmeister, hatte Niveau, wie der gebildete Berliner zu sagen pflegt. Maria Grimm - Eindecker als Donna Uroca gebietet zuerst pietätvolle Reuerenz. Unverwundliche alte Schule. Tradition. Chormant. Ein Gemälde, aus goldenem Rahmen tretend. Von altem Geiste belebt und gleicher Kultur wor Dauterbach als Don Cesar. Ein Routinier wie nur einer. Stimmlich befriedigend, kräftig und voller Clon. Harry Cassin, der König, ein angenehmer lyrischer Parion. Erstklassige Erscheinung auch. Sophie Kania als Falkenier der Königin und Grete Mühlberg als Meriona im edlen Weissir' um den Beer. Die erstere ganz Sturm und Drang. Große, quellende

Die Premiers nach Genua!

Im englischen Unterhaus verneinte Chamberlain die Frage, ob das britische Kabinett mit Rücksicht auf das Fernbleiben der Vereinigten Staaten von der Genuefer Konferenz den Beschluß, sich auf der Konferenz durch den Premierminister persönlich vertreten zu lassen, rückgängig machen werde, zumal Poincaré auch nicht hingehe. Chamberlain sagte weiter, in Cannes sei beschlossen worden, daß die Premierminister jeder Nation, wenn möglich, persönlich an der Konferenz teilnehmen sollten. Die britische Regierung ebenso wie Lloyd George beabsichtigte, entsprechend diesem Beschlusse zu handeln. Angesichts der Wichtigkeit der Genuefer Konferenz und der Rolle, die der Premierminister gespielt habe, und angesichts des großen Einflusses, den er in Großbritannien ausübe, würde es ein Unglück sein, und zwar nicht allein für England, wenn er verhindert sein würde, nach Genua zu gehen.

Poincaré hat den Vorschlag Poincarés, die Führung der französischen Delegation zur Genuefer Konferenz zu übernehmen, „aus persönlichen Gründen“ abgelehnt.

Tschitscherin hat den Regierungen der Entente mitgeteilt, daß die russische Regierung die Einberufung der Konferenz von Genua mit Befriedigung zur Kenntnis genommen habe. Sie sei der Ansicht, die Konferenz müsse sich von den vorhergegangenen Konferenzen dadurch unterscheiden, daß auf ihr kein Unterschied zwischen Siegern und Besiegten, Großmächten und kleinen Staaten gemacht werden solle. Alle Staaten sollen gleiche Rechte genießen und die Möglichkeit haben, zur Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft gemeinsame Arbeit zu leisten.

Nordamerikas Forderung.

Poincaré ist die Note der Washingtoner Regierung überreicht worden; sie hat sieben bis acht Seiten und behandelt die Frage in ihrer Gesamtheit und auch vom rechtlichen Gesichtspunkt aus. Sie legt dar, daß Nordamerika alle alliierten Vorschläge entgegenzunehmen werde, die geeignet seien, eine vernünftige Regelung der Zahlungen, die den Vereinigten Staaten für die Kosten ihrer Besatzungsheere geschuldet würden, herbeizuführen. Die Note erwähnt nicht die kürzlich zwischen den Alliierten vereinbarte Verteilung der von Deutschland gezahlten Beträge; sie beschränkt sich lediglich darauf, das Recht der Vereinigten Staaten auf Rückerstattung festzusetzen, ohne eine Frist zu stellen.

Calonder als Schiedsrichter.

Die Vermittlungsbemühungen Calonders in den deutsch-polnischen Verhandlungen, sowie die direkten Besprechungen zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten haben, seitdem die Einigung in der Frage des Verlehrs über Kreuzburg erzielt worden ist, nicht zu einem weiteren Ergebnis geführt und sind eingestellt worden. Die drei wichtigsten Fragen: 1. der Liquidation, 2. der Anwendung des Versailler Artikels 256 auf das deutsche und preußische Staatseigentum und 3. der Zuständigkeit des internationalen gemischten Schiedsgerichtes sind noch nicht gelöst worden. Donnerstag, um 11 Uhr, und Freitag, um 10 Uhr, werden daher in öffentlichen Sitzungen der Konferenz die endgültigen Grundlagen für den Schiedspruch geschaffen werden. Präsident Calonder wird eine einleitende Ansprache halten, worauf Schiffer und Dyzowski ihre Auffassung vertreten werden. Der Schiedspruch wird wahrscheinlich am Sonnabend oder Montag in ordentlicher Sitzung gefällt werden.

Der Präsident hat für einen Schiedspruch völlig freie Hand und kann sich sowohl für die eine wie für die andere Auffassung entscheiden, aber auch seine Entscheidung auf Grund einer dritten Lösung fällen.

Die russische Hungersnot.

Im Gebiete der Tschumachen hungern von 317 000 Kindern mehr als 170 000, 125 000 werden von verschiedenen Hilfsorganisationen verpflegt. Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit sollen die Lebensmittelerationen herabgesetzt werden, um eine größere Anzahl von Kindern verpflegen zu können. Im Gouvernement Samara sind 130 000 Kinder hilflos. Die Kindersterblichkeit ist ungeheuer.

Die elektrische Eisenbahn.

Fortschritte und Aussichten.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnen ist in der neuesten Zeit ein Weltproblem geworden. Die großen Kosten des Brennstoffs, das zunehmende Wachstum des Verkehrs, das steigende Bedürfnis nach Schnelligkeit und Zugkraft haben in allen in Betracht kommenden Ländern in der gleichen Richtung gewirkt. Wenn auch das bereits Geschaffene, sofern man es in seinem ganzen Umfang betrachtet, noch verhältnismäßig gering ist, so kann doch mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß das Tempo des Fortschritts in dieser Beziehung sich während der nächsten Jahre erheblich beschleunigen wird.

Das Problem ist sowohl ein finanzielles als auch ein technisches. Der Uebergang vom Dampfbetrieb zum elektrischen beansprucht, wenn er in einigem Umfang geschehen soll, sehr große Kapitalien; andererseits bestehen unter den technischen Sachverständigen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Stromzuführung und die geeignetsten Modelle für Lokomotiven. Der Uebergang zu der neuen Betriebsweise wird daher nur stufenweise erfolgen können. Dazu kommt, daß die Dampflokomotive, die uns ein Jahrhundert lang treu gedient hat, immer noch mancher Verbesserung fähig ist, und daß nach zahlreiche unausgenutzte Möglichkeiten zur Erhöhung ihrer Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit bestehen.

Für Vorortbahnen ist der elektrische Betrieb von jedem Gesichtspunkt aus anerkanntermaßen vorteilhafter; in der ganzen Welt nimmt daher auch die Elektrifizierung von den großen Mittelpunkten des Verkehrs und der Industrie ihren Ausgang. Ständig macht man hier praktische Erfahrungen, untersucht und vergleicht die Ergebnisse und prüft von da aus das Problem nach allen seinen technischen und Verkehrsgehaltspunkten. Bei dem Internationalen Eisenbahntag, der in diesem Sommer in Rom stattfinden soll, wird die elektrische Eisenbahn nicht den unwichtigsten Verhandlungsgegenstand bilden; ausführliche Berichte über die Verhältnisse in den Hauptländern sind dafür schon ausgearbeitet worden. Uebrigens hat auch der Völkerverbund seine Aufmerksamkeit bereits auf diese Frage gerichtet, und zwar im Zusammenhang mit dem Problem der Wasserkraft; er hat einen Ausschuss zur Untersuchung und Berichterstattung eingesetzt.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen, die sich aus dem Uebergang zum elektrischen Betrieb für die staatlichen oder privaten Eisenbahnunternehmer ergeben, und die sehr bald der Industrie im ganzen zugute kommen werden, sind die Wohltaten, die dieser Fortschritt auch der Allgemeinheit bringen wird, natürlich sehr beträchtlich. Die Ländschaft wird reinlicher werden, die Bevölkerung gleichmäßiger und gesünder.

Stimme und sieghaftes Feuer der Jugend. Grete Mühlberg, die Reizere, in den tieferen und Mittelagen lieblich, von ihrer Aufgabe ganz erfüllt, stellenweise von überraschender Jagdheit. Karl Reiser als Urdar, der Erfolgsgewöhnte. Wieder von famoler Drolligkeit. Ein Komiker im guten, achtunggebietenden Sinne des Wortes. Die Chöre waren sauber einstudiert, das Orchester wie gewöhnlich seiner Aufgabe gewachsen.

Die schwebende Größe von Sonne und Mond. Es ist eine bekannte optische Täuschung, daß Sonne und Mond, wenn sie am Horizont stehen, also bei Aufgang und Untergang, bedeutend größer aussehen, als wenn sie hoch am Himmel stehen sehen. Das ist wohl unwillkürlich schon jedem aufgefallen, aber bisher ist es noch an einer rechten Erklärung für diese Erscheinung. Gewöhnlich wird als Erklärung angegeben, daß wir Sonne und Mond am Horizont unwillkürlich nach den Bäumen, Häusern und anderen irdischen Gegenständen tagieren, die wir dann gleichzeitig mit ihnen im Gesichtsfeld haben, während bei hohem Stande der Blick die Gestirne direkt ohne solche Gegenstände erfährt. Aber diese Erklärung scheint doch nicht recht auszureichen, wenn man bemerkt, daß das Phänomen nicht auf diese Einzelgestirne beschränkt ist. Auch die Sternbilder zeigen die selbe Erscheinung. Allgemein ins Auge fallend und wohl auch dem Laien bekannt ist beispielsweise der Orion, unser prächtigstes und schönstes Sternbild. Wir sehen ihn nur in den Wintermonaten. Zurzeit tritt der Orion in den frühen Abendstunden am westlichen Himmel, nahe dem Horizont, bald wird er ganz hinabtauchen und den Sommer über verschwunden sein. In seiner jetzigen Stellung am Horizont erscheint er riesenartig, doppelt so ausgebreitet wie etwa im Dezember und Januar, wenn er hoch am Himmel prangt. Wer ihn aber in südlicher Breite, etwa in Italien oder in Nordafrika sehen hat, wo er oftmals fast im Zenit steht, dem ist gewiß aufgefallen, daß er in dieser Stellung viel kleiner aussieht, so daß er von vielen auf den ersten Blick nicht wiedererkannt wird. Es müssen bei der unwillkürlichen Tagierung dieser Größe durch das menschliche Auge noch Dinge mitspielen, die uns nicht bekannt sind.

Die Rossen für deutsche Kunst. deren Grundtöne durch den Verlauf von Kunstbühnen in einer Reihe Berliner Ausstellungen im vergangenen Jahre gelegt wurde, hat die Aufgabe, zur Erhaltung der deutschen Kunst beizutragen. Die Rossen soll überall da einreisen, wo zur Durchführung großer Ausstellungen der deutschen Kunst öffentliche und private Mittel anzuwenden.

In einer Sitzung der Vertreter der Behörden und der Künstler, die bewohnten, wurde das Auditorium der Rossen eröffnet. Ihm gehören an: Prof. Amersdorfer, Prof. Kurt Hermann, Dr. Daborn, Meier Robert Richter, Walter Sandt, Min. - Sekretär Dr. Schreiber, Prof. Wehald. — Des Penkonto ist bei der Deutschen Bank, Depositionskasse A, Mauerstr. 26/27.

Der Kunstrat der Reichsregierung hat für das laufende Jahr Dr. Herbert Ahering zum Vertrauensmann bestellt; er wird über den zu verteilenden Preis ausschließlich entscheiden.

Festabend der Volkshalle. Sonntag, 8 Uhr: Deutscher Abend im Bürgeraal des Hauptplatzes. Vortragender: E. Restleke.

